

Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2801 –

Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn

Der Landtag begrüßt,

wenn im Zusammenhang der Fusion der Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer eine Vereinbarung zwischen den beiden Gebietskörperschaften geschlossen wird.

Im Hinblick auf diese abzuschließende Vereinbarung begrüßt der Landtag im Sinne des interessengerechten Ausgleichs, dass

- in Hochspeyer ein bedarfsgerechtes Bürgerbüro erhalten bleibt,
- die Stützpunktfeuerwehren in Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer erhalten bleiben,
- die Verbandsgemeinden eine Vereinbarung über die Personalübergänge und sämtliche Kooperationsmöglichkeiten treffen und so die Fusion abschließend vorbereiten. Hierzu soll ein gemeinsames Personalratsgremium installiert werden.

Der Landtag würde es begrüßen, wenn der Fusionsprozess fachlich von der Kommunalaufsicht begleitet wird.

Ferner sollte die Gemeinde Hochspeyer weiterhin als Grundzentrum ausgewiesen werden.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann